

Bericht nach § 1 Abs. 4 des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Non-Profit- Organisationen Unterstützungsfonds

Monatsbericht für Juni 2022

Wien, 2022

1 Allgemeines

Auf Basis der Beschlüsse des Nationalrats vom 29. Mai 2020 und des Bundesrats vom 4. Juni 2020 trat das Bundesgesetz über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds („NPO-Gesetz“, BGBl. I Nr. 49/2020) am 18. Juni 2020 in Kraft. Mit diesem Bundesgesetz wurde der „Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds“ („NPO-Unterstützungsfonds“) beim Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport eingerichtet. Gemäß § 1 Abs. 4 hat der Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport dem Sportausschuss des Nationalrats sowie dem Bundesminister für Finanzen monatlich einen Bericht über die nach dem NPO-Gesetz ergriffenen Maßnahmen vorzulegen.

Aus dem NPO-Unterstützungsfonds werden Förderungen an gemeinnützige Organisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, an kirchliche Organisationen sowie an freiwillige Feuerwehren vergeben, die durch die Covid19-Krise wirtschaftlich geschädigt wurden. Ziel der Förderungen ist es zu gewährleisten, dass die förderbaren Organisationen ihre satzungsmäßigen Tätigkeiten weiterhin erbringen können. Darüber hinaus sind auch Förderungen an Rechtsträger, an denen gemeinnützige oder kirchliche Organisationen mehrheitlich beteiligt sind, möglich.

Gemäß § 3 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds („NPO-Gesetz“) hat der Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus mit Verordnung Richtlinien über die Abwicklung der Förderungen aus dem NPO-Unterstützungsfonds zu erlassen.

Die NPO-Richtlinienverordnung (BGBl. II Nr. 300/2020) trat am 8. Juli 2020 in Kraft. Der Betrachtungszeitraum für Zuschüsse aus dem NPO-Unterstützungsfonds war der 1. April bis 30. September 2020. Anträge konnten bis zum 31. Dezember 2020 eingebracht werden.

Mit der Änderung des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2021 wurde die Verlängerung des NPO-Unterstützungsfonds ermöglicht.

Die 2. NPO-Richtlinienverordnung (BGBl. II Nr. 99/2021) trat am 5. März 2021 in Kraft. Der Betrachtungszeitraum für Zuschüsse aus dem NPO-Unterstützungsfonds ist der 1. Oktober

bis 31. Dezember 2020. Anträge konnten vom 5. März 2021 bis zum 15. Mai 2021 eingebracht werden.

Die 3. NPO-Richtlinienverordnung (BGBl. II Nr. 307/2021) trat am 8. Juli 2021 in Kraft. Der Betrachtungszeitraum für Zuschüsse aus dem NPO-Unterstützungsfonds ist der 1. Jänner 2021 bis 30. Juni 2021. Anträge konnten vom 8. Juli 2021 bis zum 15. Oktober 2021 eingebracht werden.

Mit einer weiteren Novelle des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen (BGBl. I Nr. 223/2021) wurde die Verlängerung des NPO-Unterstützungsfonds für das Jahr 2022 ermöglicht. Anträge für den Betrachtungszeitraum 1. Oktober 2021 bis 31. Dezember 2022 können ab dem 21. Februar bis zum 30. April 2022 eingebracht werden.

Soweit antragsberechtigte Organisationen auch wirtschaftlich tätig sind, können Unterstützungsleistungen des NPO-Unterstützungsfonds als Beihilfe nach Art. 107 Abs. 1 AEUV zu qualifizieren sein. Daher wurden sowohl die NPO-Richtlinienverordnung als auch die nachfolgenden NPO-Richtlinienverordnungen als Beihilfen nach Art 107 Abs. 1 bei der Europäischen Kommission unter dem jeweils gültigen „Befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19“ angemeldet. Die Genehmigungen der Europäischen Kommission erfolgten am 6. August 2020 (SA.57928 (2020/N)) bzw. für die Verlängerungen am 24. Februar 2021 (SA.62010 (2021/N)), am 29. Juni 2021 (SA.63649 (2021/N)) und am 14. Jänner 2022 (SA.101232 (2021/N)).

2 Der NPO-Unterstützungsfonds

Ziel des NPO-Unterstützungsfonds ist es sicherzustellen, dass die fördernehmenden Organisationen ihre satzungsgemäßen Tätigkeiten weiterhin erbringen können. Die Förderung stellt daher auf eine Minderung des Schadens, der den fördernehmenden Organisationen durch COVID-19 entstanden ist, ab.

2.1 Ausgestaltung der Förderung für Q2 und Q3 2020

Förderungen aus dem NPO-Unterstützungsfonds ersetzen den fördernehmenden Organisationen bestimmte Arten von Kosten, die typischerweise im laufenden Betrieb einer Organisation anfallen. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit, einen sogenannten „Struktursicherungsbeitrag“ zu beantragen, der pauschal weitere Kosten bedecken kann,

die nicht unter die förderbaren Kostenkategorien subsumiert werden können. Die Einführung des Struktursicherungsbeitrags (bis zu 7% der Einnahmen des vergangenen Jahres) ist einerseits verwaltungsökonomische und abwicklungstechnische begründet, erlaubt aber andererseits auch, den sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen der antragsberechtigten Organisationen Rechnung zu tragen.

Der Betrachtungszeitraum für förderbare Kosten in der ersten Förderperiode war generell der 1. April 2020 bis 30. September 2020. Für unmittelbar durch Covid-19 verursachte Kosten wie z.B. Schutzausrüstung war der Betrachtungszeitraum 10. März 2020 (das Datum der ersten behördlichen Maßnahmen) bis 30. September 2020. Zudem konnten frustrierte Aufwendungen im Zusammenhang mit aufgrund von behördlichen Maßnahmen abgesagten Veranstaltungen geltend gemacht werden, wobei diese Aufwendungen vor dem 10.3.2020 entstanden sein mussten.

Die Förderung war jedenfalls mit dem Einnahmenausfall begrenzt.¹ Die Basis für die Berechnung des Einnahmenausfalls waren die Einnahmen der ersten drei Quartale des Jahres 2020 und des jeweiligen Vergleichszeitraums, d.h. die ersten drei Quartale des Jahres 2019 bzw. der Durchschnitt der ersten drei Quartale aus 2018 und 2019.

Neben der individuellen Begrenzung der Förderung mit dem nachweisbaren Einnahmenausfall galten außerdem absolute Förderobergrenzen idH von 2.400.000,- Euro bzw. die gegebenenfalls anzuwendenden beihilferechtlichen Obergrenzen. Zudem bestand aus verwaltungsökonomischen Gründen eine Untergrenze für eine Förderung von 500,- Euro.

2.2 Ausgestaltung der Förderung für Q4 2020

Die Förderung für das Q4 2020 (1. Oktober 2020 bis 31. Dezember 2020) bestand aus dem „regulären“ NPO-Zuschuss und einem „Lockdown-Zuschuss“. Der „reguläre“ NPO-Zuschuss folgte der gleichen Systematik wie die Förderung für die vorhergehenden Quartale Q2 und Q3, wobei die Fördergrenzen der kürzeren Förderperiode teilweise angepasst wurden. So betrug die Förderobergrenze 1.200.000,- Euro bzw. die gegebenenfalls anzuwendenden beihilferechtlichen Obergrenzen und die Untergrenze 250,- Euro. Der Struktursicherungsbeitrag wurde durch die Beibehaltung der 7% bezogen auf die Förderperiode effektiv

¹ Für Förderungen unter 3.000,- Euro musste in der Förderperiode Q2/Q3 der Einnahmenausfall nicht nachgewiesen werden.

verdoppelt, und mit 90.000,- Euro wurde auch die absolute Obergrenze von ursprünglich 120.000,- Euro nur teilweise der kürzeren Förderperiode angepasst.

Neben dem „regulären“ NPO-Zuschuss bestand für gemeinnützige Vereine, die ihre Tätigkeit aufgrund des Lockdown-Maßnahmen nicht ausüben konnten, auch die Möglichkeit, einen dem Umsatzeratz für Unternehmen vergleichbaren „Lockdown-Zuschuss“ zu beantragen. Für Organisationen, die einen Lockdown-Zuschuss erhielten, wurde der „reguläre“ NPO-Zuschuss hinsichtlich des Zeitraums, für den ein Lockdown-Zuschuss gewährt wurde, aliquotiert. Dabei wurde sichergestellt, dass es dadurch zu keiner Schlechterstellung der förderwerbenden Organisation im Vergleich zu dem für das gesamte Q4 berechneten „regulären“ NPO-Zuschuss kam. Die zeitliche Aliquotierung und das Prinzip der Nicht-Slechterstellung galten auch für förderwerbende Organisationen, die einen Umsatzeratz gemäß Umsatzeratz-VO erhalten haben.

2.3 Ausgestaltung der Förderung für das erste Halbjahr 2021

Die Förderung für das erste Halbjahr 2021 folgte der Systematik des „regulären“ NPO-Zuschusses der ersten beiden Förderperioden mit einer angepassten Förderobergrenze von 1.800.000,- Euro bzw. den gegebenenfalls anzuwendenden beihilferechtlichen Obergrenzen. Der „Struktursicherungsbeitrag“ zur Deckung von weiteren im ersten Halbjahr 2021 entstandenen Kosten, die nicht unter die förderbaren Kostenkategorien subsumiert werden konnten, betrug 10% der Einnahmen des Jahres 2019, höchstens jedoch 150.000,- Euro.

Darüber hinaus konnten (unabhängig von einem Einnahmenentfall) Kosten für Tests für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit SARS-CoV-2 (COVID-19-Tests) bis zu einer Höhe von 12.000,- Euro gefördert werden, sofern keine sonstige Möglichkeit der Förderung vorlag und die Tests verpflichtend durchzuführen waren sowie im unmittelbaren Zusammenhang mit der Erfüllung der statutengemäßen Aufgaben standen.

2.4 Reaktivierung des NPO-Unterstützungsfonds für Q4 2021

Der NPO-Unterstützungsfonds wurde für den Betrachtungszeitraum des vierten Quartals 2021 reaktiviert. Die Antragstellung war ab dem 21. Februar bis zum 30. April 2022 möglich. Die Förderung für das Q4 2021 folgte der Systematik der Vorperioden mit angepassten Obergrenzen (900.000,- Euro bzw. den gegebenenfalls anzuwendenden beihilferechtlichen Obergrenzen), wobei für die Gewährung eines Zuschusses ein Mindesteinnahmenausfall von 10% erforderlich ist. Zudem ist der Zuschuss mit 90% des über den Mindesteinnahmenausfall hinausgehenden Einnahmenentfall begrenzt. Der

„Struktursicherungsbeitrag“ zur Deckung von weiteren im Q4 2021 entstandenen Kosten, die nicht unter die förderbaren Kostenkategorien subsumiert werden können, beträgt 5% der Einnahmen des Jahres 2019, höchstens jedoch 75.000,- Euro. Die Förderung der Testkosten (siehe Punkt 2.3.) wird ebenfalls wiedereingesetzt.

2.5 Verlängerung des NPO-Unterstützungsfonds für Q1 2022

Der NPO-Unterstützungsfonds wird für den Betrachtungszeitraum des ersten Quartals 2022 verlängert. Die Antragstellung ist vom 4. Juli bis 31. Oktober 2022 möglich.

2.6 Abwicklung des NPO-Unterstützungsfonds über die Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS)

Die Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) als eine der erfahrensten Förderstellen des Bundes ist gemäß § 3 Abs. 2 des NPO-Gesetzes mit der Abwicklung des NPO-Unterstützungsfonds beauftragt. Anträge auf Unterstützung durch den NPO-Unterstützungsfonds erfolgten über eine elektronische Abwicklungsplattform, die eine hochautomatisierte Abwicklung der Förderung ermöglicht.

2.7 Information für förderwerbende Organisationen

Das Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport hat eine Website (www.npo-fonds.at) eingerichtet, die förderwerbende Organisationen umfassend über den NPO-Unterstützungsfonds informiert und auch einen direkten Link zur Antragstellung bietet. Darüber hinaus ist eine telefonische Hotline für Fragen zur Antragstellung eingerichtet.

3 Auszahlungen² (Stand 30. Juni 2022)

Über alle Förderperioden wurden bisher insgesamt 60.687 Anträge gestellt, wovon 55.327 in Bearbeitung genommen wurden und bis zum 30. Juni 2022 5.360 Anträge entweder auf Wunsch der antragstellenden Organisation außer Evidenz genommen (und in vielen Fällen korrigiert und neu gestellt) oder abgelehnt wurden. Von den 55.327 Anträgen in Bearbeitung wurden bis zum 30. Juni 52.677 Förderungen (95,2% der Anträge in Bearbeitung) an 23.434 begünstigte Organisationen ausbezahlt.

² Mit dem Bericht für November 2021 wurde auf die Darstellung der Auszahlungen als Hauptindikator umgestellt.

Tabelle 1: Auszahlungen per 30. Juni und per 31. Mai 2022

	31. Juni	31. Mai
Auszahlungen (Anzahl)	52.677	51.570
Auszahlungen in TEUR	755.712	744.295
Durchschnittliche Auszahlung in EUR	14.346	14.433
Begünstigte Organisationen	23.434	23.330
Auszahlung pro begünstigter Organisation in EUR	32.249	31.903

Anm.: Die Anzahl der Zusagen ist höher als die Anzahl der Begünstigten, da die Anzahl der Zusagen auch Folgeanträge für das vierte Quartal 2020, das erste Halbjahr 2021 sowie das vierte Quartal 2021 umfasst.

Tabelle 2: Auszahlungen nach Förderperioden per 30. Juni 2022

Förderperiode	Anzahl	Volumen TEUR	Durchschn. Auszahlung
Q2/Q3 2020	19.177	326.925	17.048
Q4 2020	13.808	158.636	11.489
Q1/Q2 2021	13.847	229.752	16.592
Q4 2021	5.845	40.399	6.912
Gesamt	52.677	755.712	14.346

Anm.: Die Perioden Q2/Q3 2020 und Q4 2020 sind iW abgeschlossen, für die Periode Q1/Q2 2021 befanden sich per 30. Juni 2022 noch rund 270 Anträge in Bearbeitung, für die Periode Q4 2021 rund 2.350.

Tabelle 3: Auszahlungen – Staffelung nach relevanten Größenklassen per 30. Juni 2022

Größenklasse in Euro	Anzahl Auszahlungen	Prozent der Auszahlungen
bis 3.000	23.131	43,9%
3.000 - 12.000	20.122	38,2%
12.000 - 200.000	8.916	16,9%
200.000 - 800.000	437	0,9%
über 800.000	71	0,1%
Gesamt	52.677	100,0%

Tabelle 4: Auszahlungen nach Sektoren per 30. Juni 2022

Sektor	Anzahl Auszahlungen	Prozent der Auszahlungen	Auszahlungen in TEUR	Prozent der Auszahlungen
Sport	15.724	29,8%	157.968	20,9%
Kunst und Kultur	9.779	18,6%	110.737	14,7%
Religion und kirchliche Zwecke	7.246	13,8%	101.480	13,4%
Feuerwehren	7.243	13,7%	38.926	5,2%
Gesundheit, Pflege, Soziales	2.874	5,5%	128.720	17,0%
(Weiter)bildung, Wissenschaft	2.383	4,5%	108.714	14,4%
Sonstiges	7.428	14,1%	109.167	14,4%
Gesamt	52.677	100,0%	755.712	100,0%

Tabelle 5: Auszahlungen nach Bundesländern per 30. Juni 2022

Bundesland	Anzahl Auszahlungen	Prozent der Auszahlungen	Auszahlungen in TEUR	Prozent der Auszahlungen
Burgenland	2.135	4,1%	18.919	2,5%
Kärnten	3.843	7,3%	34.133	4,5%
Niederösterreich	13.238	25,1%	102.772	13,6%
Oberösterreich	10.014	19,0%	134.744	17,8%
Salzburg	2.496	4,7%	54.134	7,2%
Steiermark	7.839	14,9%	73.147	9,7%
Tirol	5.113	9,7%	54.590	7,2%
Vorarlberg	2.090	4,0%	42.711	5,7%
Wien	5.909	11,2%	240.562	31,8%
Gesamt	52.677	100,0%	755.712	100,0%

Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport

Radetzkystraße 2, 1030 Wien

bmkoes.gv.at

